

TITEL II

SONSTIGE ÄNDERUNGEN*Artikel 18*

In Artikel 57 Absatz 1 des EG-Vertrags wird Folgendes hinzugefügt:

„Für in Estland und Ungarn bestehende Beschränkungen nach innerstaatlichem Recht ist der maßgebliche Zeitpunkt der 31. Dezember 1999.“

Artikel 19

Artikel 299 Absatz 1 des EG-Vertrags erhält folgende Fassung:

„(1) Dieser Vertrag gilt für das Königreich Belgien, die Tschechische Republik, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Estland, die Hellenische Republik, das Königreich Spanien, die Französische Republik, Irland, die Italienische Republik, die Republik Zypern, die Republik Lettland, die Republik Litauen, das Großherzogtum Luxemburg, die Republik Ungarn, die Republik Malta, das Königreich der Niederlande, die Republik Österreich, die Republik Polen, die Portugiesische Republik, die Republik Slowenien, die Slowakische Republik, die Republik Finnland, das Königreich Schweden und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.“

DRITTER TEIL

STÄNDIGE BESTIMMUNGEN

TITEL I

ANPASSUNGEN DER RECHTSAKTE DER ORGANE*Artikel 20*

Die in Anhang II aufgeführten Rechtsakte werden nach Maßgabe jenes Anhangs angepasst.

Artikel 21

Die infolge des Beitritts erforderlichen Anpassungen der in Anhang III aufgeführten Rechtsakte werden gemäß den dort aufgestellten Leitlinien nach dem Verfahren und unter den Voraussetzungen des Artikels 57 vorgenommen.

TITEL II

SONSTIGE BESTIMMUNGEN*Artikel 22*

Die in Anhang IV dieser Akte aufgeführten Maßnahmen werden unter den in jenem Anhang festgelegten Bedingungen angewandt.

Artikel 23

Der Rat kann einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments die bei einer Änderung der Gemeinschaftsregelung gegebenenfalls erforderlichen Anpassungen der Bestimmungen dieser Akte über die Gemeinsame Agrarpolitik vornehmen. Diese Anpassungen können vor dem Tag des Beitritts vorgenommen werden.

Artikel 51

Die infolge des Beitritts erforderlichen Anpassungen der Satzungen und Geschäftsordnungen der durch die ursprünglichen Verträge eingesetzten Ausschüsse werden so bald wie möglich nach dem Beitritt vorgenommen.

Artikel 52

(1) Die Amtszeit der neuen Mitglieder der in Anhang XVI aufgeführten, durch die Verträge und den Gesetzgeber geschaffenen Ausschüsse, Gruppen und sonstigen Gremien endet zur

gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Tag des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

(2) Die Amtszeit der neuen Mitglieder der in Anhang XVII aufgeführten, durch die Kommission eingesetzten Ausschüsse und Gruppen endet zur gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Tag des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

(3) Die in Anhang XVIII aufgeführten Ausschüsse werden mit dem Beitritt vollständig neu besetzt.

TITEL II

ANWENDBARKEIT DER RECHTSAKTE DER ORGANE

Artikel 53

Die Richtlinien und Entscheidungen im Sinne des Artikels 249 des EG-Vertrags und des Artikels 161 des Euratom-Vertrags gelten vom Tag des Beitritts an als an die neuen Mitgliedstaaten gerichtet, sofern diese Richtlinien und Entscheidungen an alle derzeitigen Mitgliedstaaten gerichtet wurden. Außer im Fall der Richtlinien und Entscheidungen, die gemäß Artikel 254 Absätze 1 und 2 des EG-Vertrags in Kraft treten, werden die neuen Mitgliedstaaten so behandelt, als wären ihnen diese Richtlinien und Entscheidungen zum Tag des Beitritts notifiziert worden.

Artikel 54

Sofern in den in Artikel 24 genannten Anhängen oder in anderen Bestimmungen dieser Akte oder ihren Anhängen nicht eine andere Frist vorgesehen ist, setzen die neuen Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um den Richtlinien und Entscheidungen im Sinne des Artikels 249 des EG-Vertrags und des Artikels 161 des Euratom-Vertrags vom Tag des Beitritts an nachzukommen.

Artikel 55

Auf ordnungsgemäß substantiierten Antrag eines der neuen Mitgliedstaaten kann der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission vor dem 1. Mai 2004 zeitlich begrenzte Maßnahmen zur Gewährung von Ausnahmen von Rechtsakten der Organe beschließen, die zwischen dem 1. November 2002 und dem Tag der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags angenommen wurden.

Artikel 56

Sofern nicht etwas anderes bestimmt ist, erlässt der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die Maßnahmen, die zur Durchführung der in den Artikeln 20, 21 und 22 dieser Akte genannten Bestimmungen der Anhänge II, III und IV erforderlich sind.

Artikel 57

(1) Erfordern vor dem Beitritt erlassene Rechtsakte der Organe aufgrund des Beitritts eine Anpassung und sind die erforderlichen Anpassungen in dieser Akte oder ihren Anhängen nicht vorgesehen, so werden diese Anpassungen nach dem in Absatz 2 vorgesehenen Verfahren vorgenommen. Diese Anpassungen treten mit dem Beitritt in Kraft.

(2) Der Rat oder die Kommission, je nachdem, welches Organ die ursprünglichen Rechtsakte erlassen hat, legt zu diesem Zweck die erforderlichen Wortlaute fest; der Rat beschließt dabei mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission.

Artikel 58

Die vor dem Beitritt erlassenen und vom Rat, der Kommission oder der Europäischen Zentralbank in tschechischer, estnischer, ungarischer, lettischer, litauischer, maltesischer, polnischer, slowakischer und slowenischer Sprache abgefassten Rechtsakte der Organe und der Europäischen Zentralbank sind vom Tag des Beitritts an unter den gleichen Bedingungen wie die Wortlaute in den elf derzeitigen Sprachen verbindlich. Sie werden im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht, sofern die Wortlaute in den derzeitigen Sprachen auf diese Weise veröffentlicht worden sind.

Artikel 59

Die neuen Mitgliedstaaten teilen der Kommission nach Artikel 33 des Euratom-Vertrags binnen drei Monaten nach dem Beitritt die Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit, die im Hoheitsgebiet dieser Staaten den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer und der Bevölkerung gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen sicherstellen sollen.

ANHANG III

Liste nach Artikel 21 der Beitrittsakte

1. FREIZÜGIGKEIT

GEGENSEITIGE ANERKENNUNG BERUFLICHER QUALIFIKATIONEN

31992 L 0051: Richtlinie 92/51/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 über eine zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in Ergänzung zur Richtlinie 89/48/EWG (ABL L 209 vom 24.7.1992, S. 25), geändert durch:

- 31994 L 0038: Richtlinie 94/38/EG der Kommission vom 26.7.1994 (ABL L 217 vom 23.8.1994, S. 8)
- 11994 N: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge — Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden (ABL C 241 vom 29.8.1994, S. 21)
- 31995 L 0043: Richtlinie 95/43/EG der Kommission vom 20.7.1995 (ABL L 184 vom 3.8.1995, S. 21)
- 31997 L 0038: Richtlinie 97/38/EG der Kommission vom 20.6.1997 (ABL L 184 vom 12.7.1997, S. 31)
- 32000 L 0005: Richtlinie 2000/5/EG der Kommission vom 25.2.2000 (ABL L 54 vom 26.2.2000, S. 42)
- 32001 L 0019: Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.5.2001 (ABL L 206 vom 31.7.2001, S. 1)

Gegebenenfalls passt die Kommission vor dem Tag des Beitritts die Richtlinie 92/51/EWG gemäß dem in Artikel 15 dieser Richtlinie vorgesehenen Verfahren an, um den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen und um:

- a) Anhang C mit Wirkung ab dem Tag des Beitritts um die folgenden Ausbildungsgänge im paramedizinischen und sozialpädagogischen Bereich zu ergänzen:
- Tschechische Republik: Physiotherapeut („Fyzioterapeut“), Gesundheitsschutzassistent („Asistent ochrany veřejného zdraví“), medizinisch-technischer Laborassistent („Zdravotní laborant“), Radiologie-Assistent („Radiologický asistent“), Zahntechniker

(„Zubní technik“), Pharmazielabortechniker („Farmaceutický asistent“), Orthesen- und Prothesentechniker („Ortoticko- prote-tický technik“), Kinderkrankenpfleger/-schwester („Dětská sestra“), Ernährungstherapeut („Nutriční terapeut“);

- Slowakei: Tanzlehrer an Kunstschulen (Grundstufe) („učiteľ tanca na základných umeleckých školách“), Assistent für Hygiene und Epidemiologie („asistent hygienickej služby/asistent hygieny a epidemiológie“), Rehabilitationsarbeiter/-assistent („rehabilitačný pracovník“/„rehabilitačný asistent“), Orthopädie-techniker („ortopedický technik“), Zahntechniker („zubný laborant“/„zubný technik“), ernährungsmedizinischer Assistent („diétna sestra“/„asistent výživy“), Assistent in der Gesundheitspflege („zdravotnícky asistent“), Masseur („masér“), medizinisch-technischer Laborassistent („zdravotnícky laborant“), Pharmazie-Labortechniker („farmaceutický laborant“).
- b) Anhang D mit Wirkung ab dem Tag des Beitritts um die folgenden besonders strukturierten Ausbildungsgänge zu ergänzen:
- Litauen: geregelte Kurse, die zu Abschlüssen des 3. und 4. Niveaus führen und in der Republik Litauen als nationale berufliche Qualifikation anerkannt sind. Diese Niveaus sind wie folgt definiert:

- Niveau 3: Befähigung in komplexen beruflichen Tätigkeiten, die in Bereichen ausgeführt werden, die ausreichend verantwortliche und unabhängige Entscheidungen erfordern. Die Fähigkeit, die Tätigkeiten einer Gruppe zu organisieren und zu leiten, ist vorhanden. Das „Facharbeiterzeugnis“ („Profesinio mokymo diplomą“) wird nach Durchlaufen einer dreijährigen Ausbildung erteilt.

- Niveau 4: Befähigung in komplexen beruflichen Tätigkeiten, die in Bereichen ausgeführt werden, die Verantwortung, Unabhängigkeit, vertiefte Kenntnisse und besondere Fertigkeiten erfordern. Die Fähigkeit, die Tätigkeiten einer Gruppe zu organisieren und zu leiten, ist vorhanden. Das „Zeugnis für höhere Bildung“ („Aukštesniojo mokslo diplomą“) wird nach Durchlaufen einer drei- bis vierjährigen Ausbildung erteilt.

2. LANDWIRTSCHAFT

A. LANDWIRTSCHAFTSRECHT

32000 R 1622: Verordnung (EG) Nr. 1622/2000 der Kommission vom 24. Juli 2000 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein und zur Einführung eines Gemeinschaftskodex der önologischen Verfahren und Behandlungen (ABL L 194 vom 31.7.2000, S. 1), geändert durch:

- 32000 R 2451: Verordnung (EG) Nr. 2451/2000 der Kommission vom 7.11.2000 (ABL L 282 vom 8.11.2000, S. 7)
- 32001 R 0885: Verordnung (EG) Nr. 885/2001 der Kommission vom 24.4.2001 (ABL L 128 vom 10.5.2001, S. 54)
- 32001 R 1609: Verordnung (EG) Nr. 1609/2001 der Kommission vom 6.8.2001 (ABL L 212 vom 7.8.2001, S. 9)

- 32001 R 1655: Verordnung (EG) Nr. 1655/2001 der Kommission vom 14.8.2001 (ABL L 220 vom 15.8.2001, S. 17)

- 32001 R 2066: Verordnung (EG) Nr. 2066/2001 der Kommission vom 22.10.2001 (ABL L 278 vom 23.10.2001, S. 9)

- 32002 R 2244: Verordnung (EG) Nr. 2244/2002 der Kommission vom 16.12.2002 (ABL L 341 vom 17.12.2002, S. 27)

Die Kommission erlässt gegebenenfalls nach dem Verfahren des Artikels 75 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein bis zum Tag des Beitritts eine Entscheidung zur Änderung des Anhangs XIII, um den Höchstgehalt an flüchtiger Säure der ungarischen Qualitätsweine „Késői szüretelésű bor“ und „Válogatott szüretelésű bor“ auf 25 Milliäquivalent je Liter festzusetzen.

B. TIER- UND PFLANZENSCHUTZRECHTLICHE VORSCHRIFTEN

I. TIERSCHUTZRECHTLICHE VORSCHRIFTEN

1. 31964 L 0432: Richtlinie 64/432/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen (ABl. P 121 vom 29.7.1964, S. 1977), geändert und aktualisiert durch:

— 31997 L 0012: Richtlinie 97/12/EG des Rates vom 17.3.1997 (ABl. L 109 vom 25.4.1997, S. 1)

und nachfolgend geändert durch:

— 31998 L 0046: Richtlinie 98/46/EG des Rates vom 24.6.1998 (ABl. L 198 vom 15.7.1998, S. 22)

— 32000 D 0504: Entscheidung 2000/504/EG der Kommission vom 25.7.2000 (ABl. L 201 vom 9.8.2000, S. 6)

— 32000 L 0015: Richtlinie 2000/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10.4.2000 (ABl. L 105 vom 3.5.2000, S. 34)

— 32000 L 0020: Richtlinie 2000/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.5.2000 (ABl. L 163 vom 4.7.2000, S. 35)

— 32001 D 0298: Entscheidung 2001/298/EG der Kommission vom 30.3.2001 (ABl. L 102 vom 12.4.2001, S. 63)

— 32002 R 0535: Verordnung (EG) Nr. 535/2002 der Kommission vom 21.3.2002 (ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 22)

— 32002 R 1226: Verordnung (EG) Nr. 1226/2002 der Kommission vom 8.7.2002 (ABl. L 179 vom 9.7.2002, S. 13)

Die Kommission erlässt gegebenenfalls bis zum Tag des Beitritts nach dem Verfahren des Artikels 17 der Richtlinie 64/432/EWG des Rates Entscheidungen zur Anerkennung des Status der neuen Mitgliedstaaten in Bezug auf Rindertuberkulose, Rinderbrucellose, die Aujeszký-Krankheit, enzootische Rinderleukose, übertragbare Gastroenteritis und Schweinebrucellose.

2. 31991 L 0068: Richtlinie 91/68/EWG des Rates vom 28. Januar 1991 zur Regelung tierseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Schafen und Ziegen (ABl. L 46 vom 19.2.1991, S. 19), geändert durch:

— 11994 N: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge — Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21)

— 31994 D 0164: Entscheidung 94/164/EG der Kommission vom 18.2.1994 (ABl. L 74 vom 17.3.1994, S. 42)

— 31994 D 0953: Entscheidung 94/953/EG der Kommission vom 20.12.1994 (ABl. L 371 vom 31.12.1994, S. 14)

— 32001 D 0298: Entscheidung 2001/298/EG der Kommission vom 30.3.2001 (ABl. L 102 vom 12.4.2001, S. 63)

— 32001 L 0010: Richtlinie 2001/10/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.5.2001 (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 41)

— 32002 D 0261: Entscheidung 2002/261/EG der Kommission vom 25.3.2002 (ABl. L 91 vom 6.4.2002, S. 31)

Die Kommission erlässt gegebenenfalls bis zum Tag des Beitritts nach dem Verfahren des Artikels 15 der Richtlinie 91/68/EWG des Rates Entscheidungen zur Anerkennung des Status der neuen Mitgliedstaaten in Bezug auf Brucellose (*melitensis*) und infektiöse Agalaktie.

II. PFLANZENSCHUTZRECHTLICHE VORSCHRIFTEN

1. 31968 L 0193: Richtlinie 68/193/EWG des Rates vom 9. April 1968 über den Verkehr mit vegetativem Vermehrungsgut von Reben (ABl. Nr. L 93 vom 17.4.1968, S. 15), zuletzt geändert durch:

— 31971 L 0140: Richtlinie 71/140/EWG des Rates vom 22.3.1971 (ABl. L 71 vom 25.3.1971, S. 16)

— 11972 B: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge — Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs (ABl. L 73 vom 27.3.1972, S. 14)

— 31974 L 0648: Richtlinie 74/648/EWG des Rates vom 9.12.1974 (ABl. L 352 vom 28.12.1974, S. 43)

— 31977 L 0629: Richtlinie 77/629/EWG der Kommission vom 28.9.1977 (ABl. L 257 vom 8.10.1977, S. 27)

— 31978 L 0692: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25.7.1978 (ABl. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)

— 11979 H: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge — Beitritt der Republik Griechenland (ABl. L 291 vom 19.11.1979, S. 17)

— 31982 L 0331: Richtlinie 82/331/EWG der Kommission vom 6.5.1982 (ABl. L 148 vom 27.5.1982, S. 47)

— 31985 R 3768: Verordnung (EWG) Nr. 3768/85 des Rates vom 20.12.1985 (ABl. L 362 vom 31.12.1985, S. 8)

— 31986 L 0155: Richtlinie 86/155/EWG des Rates vom 22.4.1986 (ABl. L 118 vom 7.5.1986, S. 23)

— 31988 L 0332: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13.6.1988 (ABl. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

— 31990 L 0654: Richtlinie 90/654/EWG des Rates vom 4.12.1990 (ABl. L 353 vom 17.12.1990, S. 48)

— 11994 N: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge — Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21)

— 32002 L 0011: Richtlinie 2002/11/EG des Rates vom 14.2.2002 (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 20)

Die Kommission erlässt gegebenenfalls bis zum Tag des Beitritts einen Beschluss nach dem Verfahren des Artikels 17 der Richtlinie 68/193/EWG des Rates, um Polen ganz oder teilweise von der Verpflichtung zur Anwendung dieser Richtlinie unter den Bedingungen des Artikels 18a zu befreien.